



BUND Bad Homburg Landwehrweg 67 61350 Bad Homburg v.d.H.

*Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland*

Offener Brief

An die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Bad Homburg vor der Höhe

**Landesverband  
Hessen e.V.  
OV Bad Homburg**

Landwehrweg 67  
61350 Bad Homburg v.d.H.  
13. März 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Mitglieder des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland sind erschrocken darüber, dass die Mehrheit des Magistrates der Stadt Bad Homburg den Flächenbedarf für alle größeren Planungsprojekte der jüngeren Vergangenheit durch die Neuversiegelung auch kleinklimatisch wichtiger Freiflächen an den Siedlungsrändern zu befriedigen sucht, statt entsprechend dem Gebot der Nachhaltigkeit Alternativen durch ein Recycling von Flächen oder eine Nachverdichtung bestehender Standorte ernsthaft zu prüfen.

Die Liste der Planungssünden beginnt mit dem Kronenhof, setzt sich mit der BMW Zentrale fort und findet ihre aktuellen Konfliktpunkte in der Neuplanung der Pestalozzi Schule und des Kreiskrankenhauses.

Nachhaltiges Wirtschaften, wie es die Umsetzung der Beschlüsse der Regierungschefs in Rio im Agenda 21-Prozess und die Bodenschutzklausel des Baugesetzbuches fordern, widerspricht einer Versiegelung insbesondere von landwirtschaftlich genutzten Freiflächen und fordert eine ernsthafte Prüfung von Alternativstandorten innerhalb des bebauten Stadtgebietes. Der Bund für Umwelt und Naturschutz fordert Sie daher auf, Großprojekte nur innerhalb des bebauten Gebietes der Stadt zu planen.

Vor der Prüfung der Eignung von Standorten ist der beanspruchte **Flächenbedarf** durch das Stadtplanungsamt kritisch zu prüfen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz bewertet die entsprechenden Forderungen des Hochtaunuskreises als maßlos übersetzt. Die Bodenschutzklausel fordert bei einer Schule 4 statt 2 Stockwerke und bei einem Krankenhaus als Option für eine Erweiterung die spätere Aufstockung statt Verdoppelung des Flächenverbrauchs, womit der Flächenbedarf um 35.000 m<sup>2</sup> reduziert werden könnte.

Bei einem so auf ein realistisches Maß reduzierten Flächenbedarf fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz die Prüfung folgender innerstädtischer Standortalternativen für beide Planungsprojekte:

1. Fläche „Am Bahnhof“
2. das seit 2 Jahrzehnten ungenutzte ehemalige Vickers-Gelände mit seiner zentralen Lage am (Bus-)Bahnhof
3. das ehemalige Gelände der Firma LUK

4. ein Teil des Male-Geländes, welches durch Verlegung des Aldi - Gebäudes auf die andere Seite der Dieselstraße vergrößert werden kann,
5. ehem. GK-Schule zwischen Jacobistraße und Fröhlingstraße
6. Gewerbegebiet Massenheimer Weg
7. und weiterer geeigneter Flächen.

Dass innerstädtische Gelände teurer sind als Ackerland, wird dadurch ausgeglichen, dass das bisher für die Klinik genutzte Areal als Mischgebiet oder Wohnbauflächen entwickelt und verkauft werden kann und durch eine verdichtete Bebauung weniger Flächen benötigt werden.

Zusammenfassend protestiert der Bund für Umwelt und Naturschutz energisch dagegen, dass für beide Planungsprojekte neue Freiflächen versiegelt werden, zumal diese sowohl für die Kaltluftversorgung der angrenzenden Wohngebiete als auch für die Landwirtschaft eine hohe Wertigkeit haben. Der BUND macht die Verhinderung beider Flächeninanspruchnahmen zu seinem aktuellen planungspolitischen Ziel.

Wir bitten Sie höflich, diesen Einspruch bei Ihrer Diskussion und Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung am 28. März freundlicherweise zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Günther Stiller  
Vorstand

cc.: TaunusZeitung, Bad Homburger Anzeiger, FAZ, FR